

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00568/2022

Beratungs- und Behandlungsstrukturen bei Suchtkrankheiten in Schwerin

Beschlüsse:

07.11.2022	Stadtvertretung
028/StV/2022	28. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgende Ersetzungsmitteilung der CDU/FDP-Fraktion, Fraktion DIE LINKE vom 18.10.2022 zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16 vor:

Die Stadtvertretung möge anstatt der bisherigen Fassungen folgende ersetzende Fassung beschließen:

1.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass künftig in Schwerin auskömmliche Beratungs- und Behandlungsstrukturen bei Suchtkrankheiten angeboten werden. Ziel dabei ist es, den Versorgungsschlüssel von mindestens 1: 20.000 aufrecht zu erhalten.

2.

Zur Stärkung der Netzwerkarbeit im Gemeindepsychiatrischen Verbund und zur Begleitung der Neuaufstellung von stationären und ambulanten Hilfen und Angeboten soll die seit 2021 unbesetzte „Stelle der Psychiatriekoordination“ in der Verwaltung dauerhaft bis zu einer neuen Besetzung ausgeschrieben und intensiver als zuvor beworben werden.

3.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit dem Land das Gespräch zu suchen, um auszuloten, inwiefern das Land seinen Förderanteil zur Suchtberatung aufstocken kann, um eine Mangelsituation in Schwerin abzuwenden.

2.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass künftig in Schwerin auskömmliche Beratungsstrukturen bei Suchtkrankheiten angeboten werden. Ziel dabei ist es,

den Versorgungsschlüssel von mindestens 1 : 20.000 aufrecht zu erhalten.

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit dem Land das Gespräch zu suchen, um auszuloten, inwiefern das Land seinen Förderanteil zur Suchtberatung aufstocken kann, um eine Mangelsituation in Schwerin abzuwenden.

3.

Der Stadtpräsident stellt sodann den Antrag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zur Abstimmung. Die Mitglieder der Stadtvertretung erheben keinen Widerspruch.

4.

Der Tagesordnungspunkt 15 hat sich mit Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes 16 erledigt.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass künftig in Schwerin auskömmliche Beratungsstrukturen bei Suchtkrankheiten angeboten werden. Ziel dabei ist es, den Versorgungsschlüssel von mindestens 1 : 20.000 aufrecht zu erhalten.
2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit dem Land das Gespräch zu suchen, um auszuloten, inwiefern das Land seinen Förderanteil zur Suchtberatung aufstocken kann, um eine Mangelsituation in Schwerin abzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen